Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8398**

16. Wahlperiode 05. 03. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/684 –

Moderne Verbraucherpolitik fortführen und weiterentwickeln

A. Problem

Der Bedeutung des Verbraucherschutzes ist durch die Schaffung eines eigenen Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und die Einrichtung von zwei neuen Bundesämtern (Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und Bundesinstitut für Risikobewertung) Rechnung getragen worden. Moderne Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die mehrere Politikbereiche betrifft und mit einer Vielzahl von Maßnahmen in den einzelnen Ressorts umgesetzt werden muss. Dabei soll sich die Bundesregierung am Leitbild des selbstbestimmten und informierten Verbrauchers orientieren und den Schutz und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher als aktive Teilnehmer am Marktgeschehen in allen Alltagsbereichen stärken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/684 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/684 abzulehnen.

Berlin, den 20. Februar 2008

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende

Julia Klöckner
Berichterstatterin

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Karin Binder
Berichterstatterin

Nicole Maisch
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Julia Klöckner, Elvira Drobinski-Weiß, Hans-Michael Goldmann, Karin Binder und Nicole Maisch

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/684** in seiner 22. Sitzung am 9. März 2006 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Bedeutung des Verbraucherschutzes ist durch die Schaffung eines eigenen Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und die Einrichtung von zwei neuen Bundesämtern (Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und Bundesinstitut für Risikobewertung) Rechnung getragen worden. Moderne Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die mehrere Politikbereiche betrifft und mit einer Vielzahl von Maßnahmen in den einzelnen Ressorts umgesetzt werden muss. Neben Lebensmittelkrisen muss der Verbraucherschutz auch bei unlauteren Geschäftsmethoden bei Telekommunikationsverträgen, im Wettbewerb und in der digitalen Datenwelt verfolgt werden. Vorsorgender Verbraucherschutz betrifft den Schutz der Gesundheit, die Herstellung von Transparenz und den Schutz von wirtschaftlichen Interessen. Dabei soll sich die Bundesregierung am Leitbild des selbstbestimmten und informierten Verbrauchers orientieren und den Schutz und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher als aktive Teilnehmer am Marktgeschehen in allen Alltagsbereichen stärken.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher im Wesentlichen auf,

– den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher als aktive Marktteilnehmer, die Durchsetzung ihrer Informationsrechte sowie den vorsorgenden gesundheitlichen Verbraucherschutz zu stärken,

– Verbraucher- und Ernährungsaufklärung sowie die Entscheidungs- und Handlungskompetenzen von Verbraucherinnen und Verbrauchern mit umfassenden Aufklärungs- und Bildungsangeboten zu erweitern,

– die Verbraucherforschung und die Durchsetzung kollektiver Klagerechte zu fördern,

– für mehr Transparenz und Verbraucherschutz z. B. auch im Bereich des Anlegerschutzes, im Telekommunikations-, Energie- und Verkehrsbereich zu sorgen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/684 in seiner 83. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 16/684 in seiner 18. Sitzung am 18. Oktober 2006 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage auf Drucksache 16/684 in seiner 50. Sitzung am 20. Februar 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/684 in seiner 19. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/684 in seiner 21. Sitzung am 18. Oktober 2006 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/684 in seiner 11. Sitzung am 17. Mai 2006 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage auf Drucksache 16/684 in seiner 14. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/684 in seiner 70. Sitzung am 20. Februar 2008 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, die im vorliegenden Antrag aus dem Jahre 2006 formulierten Forderungen zu den Themen Telefonwerbung und Fahrgastrechte habe die Vorgängerregierung versäumt abzuarbeiten. Die geforderte Stärkung des Verbraucherschutzes in den genannten Bereichen sowie weitere Themen seien derzeit Gegenstand

politischer Behandlung. Daher sei der vorliegende Antrag obsolet, weshalb man diesen ablehnen werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte, Ziel des aus ihrer Sicht nach wie vor aktuellen Antrages sei seinerzeit gewesen, auf den verbraucherpolitischen Handlungsbedarf in den unterschiedlichsten Ressorts hinzuweisen. In vielen Bereichen, etwa Telefonwerbung und Fahrgastrechte, sei der bestehende Handlungsbedarf seitens der Bundesregierung noch nicht abgearbeitet worden. Auch behandle der Antrag auf sehr breiter Ebene verbraucherpolitische Handlungsbedarfe, beispielsweise Schutz privater Bauherren, Schutz von Verbrauchern in den liberalisierten Märkten sowie im Zusammenhang mit Telefonwerbung. Ziel seien insbesondere eine Weiterentwicklung des vorsorgenden gesundheitlichen Verbraucherschutzes, Schutz und Stärkung der wirtschaftlichen Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Förderung des nachhaltigen Konsums zum Schutz natürlicher Lebensgrundlagen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 16/684 abzulehnen.

Berlin, den 20. Februar 2008

Julia Klöckner Berichterstatterin	**Elvira Drobinski-Weiß** Berichterstatterin	**Hans-Michael Goldmann** Berichterstatter
Karin Binder Berichterstatterin	**Nicole Maisch** Berichterstatterin	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333